



Berlin, 05. 10. 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

am Samstag den 3. Oktober konnten wir 25 Jahre Wiedervereinigung feiern. Heute ist die Idee eines geteilten Deutschlands für viele Bürgerinnen und Bürger, gerade für junge Menschen, schlicht unvorstellbar. Wir haben viel erreicht in diesem Vierteljahrhundert der Einheit. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist heute auf dem niedrigsten Stand seit 1990.

Natürlich gibt es weiterhin viel zu tun. Die Wirtschaft muss weiter gefördert und die Renten an das Niveau der alten Bundesländer angepasst werden. Nach der politischen und der Förderung der wirtschaftlichen Einheit muss jetzt besonders die soziale Einheit vorangetrieben werden!

Eine Gesamtübersicht über die Erfolge und zukünftigen Aufgaben lesen Sie ab Seite 2.

Auch diese Woche kamen wieder viele Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, nach Deutschland. Nun brachte die Koalition ein Gesetzespaket in den Bundestag ein, das sowohl den Ländern als auch den Flüchtlingen selbst helfen wird, die aktuell schwierige Lage zu meistern. Die wichtigste Neuregelung ist die Umsetzung der finanziellen Maßnahmen zur Unterstützung der Länder. Dabei geht es zum einen um die Soforthilfe. Um die Versorgung der Flüchtlinge unmittelbar zu decken, werden 2015 zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Zum anderen wird in diesem Paket die langfristige Hilfe an die Länder geregelt. So erhalten diese ab 2016 eine Pauschale von 670,- Euro pro Monat und Flüchtling. Der Bund wird sich auch an der Unterstützung unbegleiteter Kinder beteiligen.

Den Ländern wird es zudem ermöglicht, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen, um so die Kommunen vor überbordender Bürokratie zu entlasten.

Ihre

Sabine Dittmar, MdB

IN DIESER AUSGABE:

FOTO DER WOCHE	Seite 2
TOP THEMA	Seite 2
FLÜCHTLINGSPOLITIK	Seite 4
MENSCHENRECHTE	Seite 6
VERANSTALTUNG	Seite 7
AUSSENPOLITIK	Seite 8



FOTO DER WOCHE



Vorsprung durch Innovation war das Motto unseres Wirtschaftskongresses am 28. September in Berlin.

Da das gleichfalls für unsere Region gilt, hat es mich sehr gefreut, dass auch zwei Vertreter des Wahlkreises meiner Einladung nach Berlin gefolgt sind.

Hier zu sehen sind Herr Manfred Lang (links), Inhaber der Firma FS Ebern und Herr Michael Wieden (rechts), der Wirtschaftsförderer der Stadt Bad Kissingen.

Bei beiden möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken.

2

TOP THEMA

25 Jahre Deutsche Einheit

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ist am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. So hatte es die erste frei gewählte Volkskammer der DDR am 23. August 1990 beschlossen.

Dem vorausgegangen war das Einverständnis der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und die damalige Sowjetunion. Sie hatten seit Mai 1945 die Verantwortung für Deutschland und Berlin inne. Mit dem so genannten Zwei-plus-Vier-Vertrag, den die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte unterzeichneten, bekam das vereinte Deutschland 45 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zurück. Seither ist Deutschland gleichberechtigtes Mitglied in den Vereinten Nationen, und der Osten Deutschlands wurde Teil der Europäischen Gemeinschaft.

Die Deutsche Einheit wurde von Ost- und Westdeutschen vor 25 Jahren am 3. Oktober 1990 gefeiert. Die Einheit war ein Resultat der friedlichen Revolution in der DDR von 1989. Mutige Bürgerinnen und Bürger wollten damals zunächst eine andere, eine demokratische DDR. Sie beehrten gegen das Machtmonopol der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) auf. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Volkskammerwahlen statt, dabei wurde deutlich, dass die Mehrheit der Menschen in der DDR die Wiedervereinigung wollte.



Bilanz nach 25 Jahren

Seit 1997 legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vor. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung debattierte das Parlament über den aktuellen Bericht (Drs. 18/6100) und über den Antrag der Koalitionsfraktionen „25 Jahre Deutsche Einheit – Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ (Drs. 18/6188).

„Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, uns die Geschichte zurechtzubiegen und das zu beschönigen, was nicht ganz so gut gelaufen ist oder was vielleicht sogar total schiefgelaufen ist“, warnte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (SPD). Sie machte deutlich, dass es auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung kein Ende der Ostförderung geben dürfe, man würde so „einen Motor abwürgen“, den man mit viel Aufwand ans Laufen gebracht habe. Aber eine reine Ostförderung sei nach Auslaufen des Solidarpaktes auch nicht mehr zu vermitteln. Gleicke wies auch darauf hin, dass die versprochene Rentenangleichung zwischen Ost und West 2019 kommen müsse: „Es geht auch um die Vollendung der sozialen Einheit. Die Rente darf nicht zum Symbol der Ungleichheit werden“.

Sabine Poschmann, Beauftragte der SPD-Fraktion für Mittelstand und Handwerk, forderte ein neues gesamtstaatliches Förderprogramm, von dem alle wirtschaftlich schwächeren Regionen in Deutschland profitieren. Ziel bleibe „ein vereintes Deutschland mit überall gleichen Lebensverhältnissen“.

„Die Deutsche Einheit ist für mich weniger ein Feiertag, an dem wir gemeinsam unsere Erinnerungen auffrischen, sondern vielmehr eine Aufgabe, an der wir alle gemeinsam weiter arbeiten müssen“, sagte Thomas Jurk, SPD-Abgeordneter aus Görlitz.

SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer erinnerte daran, dass es die europäischen Nachbarn waren, die 1990 dafür gesorgt hätten, dass das wiedervereinigte Deutschland nicht noch einmal der Europäischen Gemeinschaft beitreten musste.

Enorme Veränderungsleistungen im Osten

Ostdeutschland hatte nach 1990 einen gewaltigen Transformationsprozess zu leisten. Die Deutsche Einheit führte zu enormen wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Umbrüchen für die Menschen in Ostdeutschland. Sie mussten sich in kürzester Zeit auf neue Verhältnisse einstellen. Eine Menge persönlicher Erwartungen der Wendezeit konnten sich nicht schnell erfüllen. Viele Ostdeutsche verloren ihren Arbeitsplatz, sie fühlten sich als Verlierer der Einheit. Heute, 25 Jahre später wird deutlich: Der Aufbau Ost hat beeindruckende Fortschritte erzielt. Dank der Solidarität des gesamten Landes wurde in Ostdeutschland eine einzigartige Aufbau- und Anpassungsleistung vollbracht. Die Lebensverhältnisse haben sich dort verbessert und sie gleichen sich im Osten und Westen immer mehr an. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich von 1992 bis heute in etwa verdoppelt. Zudem wurde in den fünf ostdeutschen Bundesländern eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur aufgebaut. Vor allem die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ spielten eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung.

Vieles ist besser geworden und viel bleibt noch zu tun

Doch auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung konnte nicht in allen Bereichen eine Angleichung an die westdeutschen Länder erreicht werden. Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Flächenländer liegt bei 71 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Die Steuerkraft der Ostdeutschen Ländern und Kommunen erreicht gut die Hälfte des gesamtdeutschen Wertes. Kein einziges DAX-Unternehmen hat seinen Sitz in Ostdeutschland. Die ostdeutsche Wirtschaft ist von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt, die teilweise erfolgreich weltweit Nischen besetzen. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland heute auf dem niedrigsten Niveau seit 1990 ist, liegt sie immer noch bei neun Prozent gegenüber 5,87 Prozent im Westen. Von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen



Mindestlohn konnten vor allem viele Beschäftigte in Ostdeutschland profitieren, denn im Jahr 2014 zahlten 23 Prozent der Betriebe ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weniger als 8,50 Euro pro Stunde.

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung gelten unterschiedliche Rentenwerte in Ost und West. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb soll 2016 geprüft werden, wie weit sich der Angleichungsprozess vollzogen hat. Auf dieser Grundlage soll dann entschieden werden, ob ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist, heißt es im Antrag von CDU/CSU und SPD. Zum Ende des Solidarpaktes II im Jahr 2019, wenn die Angleichung von Löhnen und Gehältern weiter fortgeschritten sein wird, soll die vollständige Angleichung erfolgen.

25 Jahre nach der Einheit, dürfe kein Schlussstrich unter die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit geben. Die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte unseres Landes bleibe ein Schwerpunkt und dauerhafte Aufgabe. Als sichtbares Zeichen gegen die Auswüchse der kommunistischen Gewaltherrschaft soll an einem zentralen Ort in Berlin ein Denkmal errichtet werden.

Ziel sei und bleibe die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Diese gesamtstaatliche Aufgabe bestehe auch Ende des Solidarpaktes II fort. Dazu sei ein weiterentwickeltes Förderungssystem strukturschwacher Regionen in Ost und West nötig. Zentrale Herausforderungen seien dabei: die Sicherung der Daseinsvorsorge und der Erhalt der Lebensqualität unter den Bedingungen des demografischen Wandels, die Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit durch Investitionen in die gewerbliche Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, die Erhaltung und der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur.

Bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sei sicherzustellen, dass bestehende Finanzkraftunterschiede der Länder ausgeglichen werden und besonders finanzschwache Länder nicht von der Entwicklung abgekoppelt werden, heißt es im Antrag. Des Weiteren sei vor Auslaufen des Solidarpaktes II ein Konzept für ein gesamtdeutsches System zur regionalen Wirtschaftsförderung ab 2020 in Abstimmung mit den Ländern zu erarbeiten. Insgesamt enthält der Antrag der Koalitionsfraktionen 16 Forderungen an die Bundesregierung.

Flüchtlingspolitik

Koalition bringt Asylgesetzpaket in Bundestag ein

Immer mehr hilfesuchende Menschen kommen auch nach Europa, insbesondere nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Dieses Jahr erwarten wir 800.000 Schutzsuchende. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Politik muss Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Dafür bringt die Koalition nun ein umfassendes Gesetzespaket auf den Weg.

Der Koalitionsausschuss hat am 6. September beschlossen, dass der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation mit einer Reihe von Maßnahmen kurzfristig begegnet werden soll. Auf dem so genannten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September wurden diese von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung bestätigt und konkretisiert.

Die SPD hat dabei wichtige Verbesserungen durchgesetzt, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren: Der Bund wird den Ländern bis 2019 zusätzlich 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Und die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld fließen künf-



tig in eine bessere Kinderbetreuung, die allen Familien zu Gute kommt. Die Koalition hat darüber hinaus auf Druck der SPD vereinbart, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Die sogenannten Regionalisierungsmittel werden auf 8 Milliarden Euro jährlich und künftig um 1,8 Prozent pro Jahr erhöht.

Das mit der Union vereinbarte Asylpaket enthält u. a. folgende wichtige Maßnahmen:

- Von 2016 an erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling. Hinzu kommen 670 Euro für einen weiteren Monat im Fall der Ablehnung. Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich von 2016 an strukturell und dynamisch an den Kosten für Flüchtlinge zu beteiligen.
- Für dieses Jahr wird der Bund seine Soforthilfe nochmals auf insgesamt 2 Milliarden Euro verdoppeln.
- Der Bund greift Ländern und Kommunen zusätzlich unter die Arme, indem er einen finanziellen Beitrag von 350 Millionen Euro zu den Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer leistet.
- Darüber hinaus können die Länder eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen, gehen also nicht zu Lasten der Versicherten und der gesetzlichen Krankenkassen.

Diese und weitere Maßnahmen sind unter Federführung des Bundesinnenministeriums in zwei Gesetzentwürfen zusammengefasst: Sie heißen „Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes“ und „Entwurf eines Gesetzes zur schnelleren Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ (Drs. 18/6185, 18/6172). Für diese Gesetze muss der Bundestag einen Nachtragshaushalt genehmigen. Darum hat die Regierung zudem einen „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015“ erstellt (Drs. 18/6090). Alle drei Gesetze wurden von der Koalition am Donnerstagmorgen ins Parlament eingebracht und in 1. Lesung beraten.

Zu den Gesetzen:

Sichere Herkunftsstaaten: Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, da dort die gesetzliche Vermutung gerechtfertigt ist, dass weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden. Dazu müssen Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, da dort gewährleistet erscheint, dass weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden. Das spiegelt sich auch in einer Ablehnungsquote von über 99 Prozent wider. Um die Verfahren effektiv zu gestalten und insbesondere Rückführungen zu gewährleisten, sollen Antragsteller aus diesen Staaten bis zum Ende des Asylverfahrens zukünftig auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben.

Die Frage, wer Schutz braucht und wer nicht, wird weiterhin in einem fairen Verfahren und nach verfassungs- und europarechtlichen Maßgaben entschieden. Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass die Liste der sicheren Herkunftsstaaten künftig alle zwei Jahre überprüft wird.



Integrationsmaßnahmen: Die Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, sollen möglichst schnell in Gesellschaft und Arbeitswelt integriert werden. Dazu werden die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten, wenn es sich um Fachkräfte handelt. Für geringer qualifizierte Kräfte wird der Zugang zur Leiharbeit erst nach 15 Monaten möglich sein.

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen werden können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Klar ist auch: Einen prekären Niedriglohnssektor für Flüchtlinge, z. B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.

Gesundheit: Um die ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung von besonders schutzbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermöglichen, wird die Zulassungsverordnung der Ärzte hinsichtlich der Ermächtigungsmöglichkeiten geändert. So sollen künftig geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen, etwa Traumazentren, die bisher über keine Kassenzulassung verfügten, zur Behandlung der Asylsuchenden ermächtigt werden können. Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher Anspruch auf Schutzimpfungen für Asylsuchende.

MENSCHENRECHTE

Menschenrechte weltweit durchsetzen

Bereits zum elften Mal in 25 Jahren hat die Bundesregierung einen Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vorgelegt (Drs. 18/3494, 18/6183), über den am 1. Oktober im Plenum des Deutschen Bundestages beraten wurde. Der Bericht stellt die innen- und außenpolitischen Aktivitäten und Initiativen der Bundesregierung vom 1. März 2012 bis zum 28. Februar 2014 dar.

Botschaft des Berichts: Die Wahrung der Menschenrechte gilt für alle Staaten und stellt daher auch entwickelte und wohlhabende Staaten wie Deutschland vor Herausforderungen.

Im Brennpunkthema des Berichts, weibliche Genitalverstümmelung, werden die besonderen Herausforderungen sowie die internationalen Aktivitäten zu deren Bekämpfung verdeutlicht und die Fortschritte in der nationalen Gesetzgebung dokumentiert. Darüber hinaus wird angekündigt, dass die Bundesregierung zukünftig der weltweiten Lage religiöser Minoritäten eine hohe Priorität geben wird.

Einhaltung der Menschenrechte weltweit sicherstellen

Die SPD-Abgeordnete Angelika Glöckner, Mitglied im federführenden Bundestagsausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, forderte in ihrer Bundestagsrede eine umfassende Betrachtung des Themas Menschenrechte. Der vorgelegte Menschenrechtsbericht sei eine gute Grundlage, um „eine breite gesellschaftliche Debatte über Bedeutung und Umsetzung menschenrechtlicher Grundsätze“ zu führen. Denn Menschenrechtsverletzungen und der mangelnde Schutz dieser fundamentalen Rechte seien zwei der Hauptgründe der Flüchtlingsbewegungen, die Deutschland derzeit erreichen. Die Wahrung der Menschenrechte sei, so Glöckner, von vitalem Interesse für unser Land, denn nicht zuletzt müsse jedem klar sein, „dass die Menschenrechtsverstöße von heute die Flüchtlingsströme von morgen auslösen“.



Neben Glöckner nutzte Frank Schwabe, der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die Gelegenheit, die Bedeutung der Wirtschaft beim weltweiten Kampf für Menschenrechte herauszuheben. Unternehmen müssten mit klaren und durchsetzbaren Regeln noch stärker in die Pflicht genommen werden – und Menschenrechtsklauseln gehörten in sämtliche Handels- und Rohstoffabkommen, betonten beide SPD-Abgeordnete.

VERANSTALTUNG

Wirtschaftsempfang: Vorsprung durch Innovation

Der deutsche Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Er ist entstanden durch mutige Gründer, durch ungewöhnliche Ideen, durch technologische Innovationen. Doch ist Deutschland auch heute noch aufgeschlossen genug für neue Technologien? Und stimmen die Rahmenbedingungen für Innovationen noch? Die SPD-Bundestagsfraktion spürt in ihrem „Projekt Zukunft“ mit der Projektgruppe „#NeueErfolge“ genau solchen Fragen nach. Denn Innovationen können das Leben spürbar verbessern und den Wohlstand sichern. Dazu muss man daran arbeiten, die Bedingungen für High Tech und neue Geschäftsmodelle "made in Germany" zu verbessern.

Folgerichtig standen der diesjährige wirtschaftspolitische Fachkongress und der Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion unter der Leitfrage: Wie weckt man Gründergeist und Risikobereitschaft besser?

Rund 700 Menschen waren am Montag ins Reichstagsgebäude nach Berlin gekommen, um am Fachkongress zum Thema „Vorsprung durch Innovation“ teilzunehmen. Anschließend debattierten sie beim Empfang auf der Fraktionsebene im Reichstag, welche konkreten politischen Maßnahmen entwickelt werden müssen, um das Land sozial und wirtschaftlich voranzubringen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil beschrieb in seiner Eröffnungsrede des Innovationskongresses Deutschland als „starkes und mitfühlendes Land“, mahnte aber auch, dass es so offen und neugierig bleiben müsse – dafür bedürfe es neuer Antworten auf drängende ökonomische und soziale Fragen. Aber: „Akzeptanz ist die Voraussetzung für Fortschritt“, stellte Heil klar. Die SPD sei schließlich wegen des wirtschaftlichen Fortschritts einst entstanden. Er betonte bei aller technischen Innovationsnotwendigkeit die Bedeutung des sozialen Fortschritts. Die SPD-Fraktion wolle nun „zuhören, entscheiden, handeln“.

Flüchtlinge besitzen "Innovationspotenzial"

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann äußerte in seiner Begrüßungsrede am Abend die Hoffnung, dass die Automobilkrise (VW) zu einer Art „Beschleunigungsfaktor“ wird für technologische Entwicklungen. Mit Blick auf die hohe Anzahl an Flüchtlingen in Deutschland sagte er, die beste Form sie zu integrieren, sei Qualifizierung und Arbeit. Das bedürfe zwar massiver Investitionen, doch schließlich habe Deutschland mittelfristig auch einen enormen Bedarf an Fachkräften. Deshalb sei qualifizierte Einwanderung so wichtig, und deshalb müsse ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das auch Berufsabschlüsse berücksichtigt. Die Flüchtlinge, die bleiben dürfen, besäßen ein hohes „Innovationspotenzial“.

Auf den Topos Flüchtlinge als Chance ging auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Eric Schweitzer ein. „Wir können diese Herausforderung nur lösen, wenn wir die Integration lösen“, so Schweitzer. Er versicherte, dass die Wirtschaft sich dem Thema mit Engagement stelle, knüpfte daran aber die Erwartung, dass etwa Asylbewerber, die erfolgreich eine Ausbildung in Deutschland absolvieren, danach auch bleiben dürfen. Schweitzer: „Wir freuen uns, hier die SPD an



unserer Seite zu haben“. Integration könne nur gelingen durch Sprache, Bildung, Qualifikation. Er appellierte, die Chancen in den Blickpunkt zu rücken, nicht die Risiken.

Leistungsdruck in der globalisierten Gesellschaft

Auch Schweitzer kam auf den Abgasskandal zu sprechen. Das vorherrschende Problem nun sei das Vertrauen, denn die Wirtschaft verkaufe das Versprechen nach bester Qualität. Das wichtigste Korrektiv sei darum die „kritische Reaktion der Kunden“. Schweitzer mahnte, der Leistungsdruck in der globalisierten Gesellschaft verführe manchmal zum kurzfristigen Vorteil.

Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach in seiner Rede von den „kulturellen Sorgen“, die viele Bürger angesichts der hohen Flüchtlingszahlen umtrieben. Er sagte: „Wir brauchen Zuversicht und Realismus“. Politik könne nicht per se ein gutes Leben schaffen, sehr wohl aber die Bedingungen, dass gutes Leben für alle gelingen kann. Gabriel ging auf die Notwendigkeit ein, Wohlstand zu produzieren. Das sei die Voraussetzung für die Verteilung von Wohlstand. Er müsse aber erst einmal erarbeitet werden.

Er warb für einen „Modernisierungspakt“ zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften und machte zudem deutlich, es müsse mehr in die Infrastruktur investiert werden ebenso wie in die Forschung und Entwicklung. Damit „stellen wir die Weichen für den Wohlstand von morgen“.

AUSSENPOLITIK

EUNAVFOR MED gegen Menschenmuggel beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag in namentlicher Abstimmung einen Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED beschlossen (Drs. 18/6013). Mit der Operation soll das Geschäftsmodell der Menschenmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer unterbunden werden. Die Seenotrettung steht dabei nach wie vor an erster Stelle.

Täglich machen sich zahlreiche Flüchtlinge auf Booten von Nordafrika auf den Weg nach Europa – meist unter lebensgefährlichen Umständen, oft mit Kindern an Bord. Mit der Mission EUNAVFOR MED (European Naval Forces Mediterranean) soll gezielt gegen die kriminellen Schlepper in den internationalen Gewässern zwischen Libyen, Tunesien und Italien vorgegangen werden. Das heißt: Mit der Ausweitung des Mandats, das seit Ende Juni in Kraft ist, soll die Bundeswehr Schiffe und Boote anhalten, durchsuchen und wenn nötig beschlagnahmen und umleiten dürfen.

EUNAVFOR MED ist ein wichtiges Element innerhalb der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung der Menschenmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke. Ziel ist es, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Dabei gilt: Die Seenotrettungsmaßnahmen werden dadurch nicht beschränkt, sie stehen nach wie vor an erster Stelle. In den letzten Monaten wurden rund 8.000 Menschen durch die beteiligten deutschen Soldatinnen und Soldaten auf Hoher See gerettet. „Und das muss fortgesetzt werden“, betonte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Niels Annen.

Fluchtursachen aktiv bekämpfen

Durch die zunehmende Hoffnungslosigkeit der syrischen Flüchtlinge und die desaströse Lage in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern sehen viele Menschen nur in der Flucht über das Mittelmeer

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



eine Chance auf ein besseres Leben. Die Ausweitung des Mandats stehe dabei nicht im Widerspruch mit einer aktiven Bekämpfung der Fluchtursachen, erklärte Annen. Vielmehr gehöre die Finanzierung der Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländern genauso zur Ursachenbekämpfung wie die Operation EUNAVFOR, führte Annen weiter aus.

Für die Bundeswehrebeteiligung ist eine Obergrenze von 950 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen. Die Beteiligung ist bis 31. Oktober 2016 vorgesehen. Neben Deutschland beteiligen sich Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Slowenien an der Mission.